

Konsolidierungsvertrag

zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

zwischen

dem Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch
die Kreisverwaltung Kusel

und

der Ortsgemeinde (teilnehmende Kommune) Dittweiler
vertreten durch
Herrn Ralf Seeber, Ortsbürgermeister

Präambel

Zum Abbau der in der Vergangenheit aufgelaufenen hohen Verbindlichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung wurde am 22. September 2010 von Ministerpräsident Kurt Beck und den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände die Gemeinsame Erklärung zum "Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Rahmenvereinbarung“) unterzeichnet. Der KEF-RP soll ein Maximalvolumen von 3,825 Mrd. Euro aufweisen und über eine Laufzeit von 15 Jahren ab 2012 jährlich bis zu 255 Mio. Euro aufbringen, um damit bis zu zwei Drittel der Ende 2009 bestehenden kommunalen Liquiditätskredite zu tilgen und die fälligen Zinsen zu decken.

Die Finanzierung des Fonds erfolgt zu einem Drittel durch das Land aus Mitteln des allgemeinen Landeshaushalts, zu einem weiteren Drittel durch die Solidargemeinschaft aller rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und zum restlichen Drittel durch die teilnehmenden Kommunen selbst über eigene Konsolidierungsbeiträge. Nähere Einzelheiten zum Vollzug des Entschuldungsprogramms sind in dem zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land abgestimmten „Leitfaden zur Umsetzung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Leitfaden“) geregelt.

Der Abschluss des vorliegenden Konsolidierungsvertrages ist Voraussetzung für die Teilnahme am KEF-RP. In dem Konsolidierungsvertrag werden die wesentlichen Bedingungen der Programmteilnahme festgelegt, insbesondere wird der Konsolidierungsbeitrag der teilnehmenden Kommune bezüglich seiner Höhe und der zu seiner Realisierung vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert.

§ 1

Teilnahme am KEF-RP

In Anerkennung der in der Rahmenvereinbarung und im Leitfaden festgelegten Regelungen sowie unter Berücksichtigung der nachstehenden Konsolidierungszusagen vereinbaren die Vertragsparteien die Aufnahme der teilnehmenden Kommune in den KEF-RP. Der teilnehmenden Kommune werden Entschuldungshilfen aus dem Programm in Aussicht gestellt. Insbesondere unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung der kommunalen Konsolidierungszusagen im Haushaltsvorvorjahr erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen auf den jährlich zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune für das Haushaltsjahr durch einen Bewilligungsbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde.

§ 2

Leistungen aus dem KEF-RP, Konsolidierungsbeitrag, Konsolidierungsergebnis

(1) Der im Rahmen des KEF-RP maßgebliche Liquiditätskreditbestand der teilnehmenden Kommune beläuft sich auf 593.787 Euro. Er wird mit einem Anteil von 78,26 v.H. als Gesamtleistung aus dem KEF-RP berücksichtigt und beträgt für die teilnehmende Kommune über die Laufzeit von 15 Jahren unter Berücksichtigung aller drei Finanzierungsanteile 464.698 Euro, die Jahresleistung beläuft sich folglich auf 30.980 Euro.

(2) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihre eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten in dem Umfang auszuschöpfen, dass jährlich mindestens ein Drittel der auf sie entfallenden Jahresleistung des Entschuldungsfonds durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht wird. Der jährliche kommunale Drittelanteil der teilnehmenden Kommune beläuft sich danach auf mindestens 10.327 Euro (Konsolidierungsbeitrag).

(3) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v. H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Soweit diese Mindest-Nettotilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann, müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden.

§ 3

Konsolidierungsmaßnahmen

(1) Der zugesagte eigene Konsolidierungsbeitrag in der in § 2 Abs. 2 genannten Höhe wird durch die nachstehenden Einzelmaßnahmen (Maßnahmen sind zeitlich, inhaltlich und hinsichtlich ihres Anteils an dem insgesamt geschuldeten Konsolidierungsbeitrag zu konkretisieren) realisiert werden:

Aufwandsentschädigung für den Ortsbeigeordneten:

Durch den Wegfall des Geschäftsbereiches für den ersten Beigeordneten entfällt auch die monatliche Zahlung einer Aufwandsentschädigung.

Der Konsolidierungsanteil beträgt jährlich 3.150,00 €

Anhebung der Realsteuerhebesätze:

Die teilnehmende Kommune hebt ab dem Jahre 2012 ihre

Grundsteuer A um 50 Punkte an; Konsolidierungsanteil 381,00 €

Grundsteuer B um 50 Punkte an; Konsolidierungsanteil 7.937,00 €

zusätzlich (außerhalb dieses Vertrages)

Gewerbsteuer um 7 Punkte auf 360 Punkte = (1.617, 00 €)

(2) Wird nachträglich festgestellt, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erzielung des kommunalen Konsolidierungsbeitrags unzureichend sind oder treten durch spätere Entscheidungen der zuständigen kommunalen Organe Änderungen bei den vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen ein, so sind ausbleibende Konsolidierungseffekte durch alternative Maßnahmen aufgrund kommunalpolitischer Entscheidungen im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde vollständig zu kompensieren.

§ 4

Kündigung oder Aussetzung des Konsolidierungsvertrages

(1) Um den angestrebten Entschuldungseffekt sicherzustellen, kommt innerhalb der Laufzeit des Vertrages, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3, eine vorzeitige Kündigung nicht in Betracht.

(2) Wird unter Einbeziehung von Kompensationsmaßnahmen der erforderliche kommunale Konsolidierungsbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 nicht realisiert und zwischen der teilnehmenden Kommune und der Aufsichtsbehörde auch keine Einigung über einen nachträglichen Ausgleich erzielt, so kann der Konsolidierungsvertrag nach Anhörung der teilnehmenden Kommune vom Land ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Entsprechendes gilt, wenn die teilnehmende Kommune ihre Pflichten zur jährlichen Beantragung der Entschuldungshilfe bzw. zum Konsolidierungsnachweis verletzt. Im Falle einer Kündigung kommen für das laufende Haushaltsjahr noch nicht ausgezahlte Bewilligungsmittel nicht mehr zur Auszahlung. Eine Rückforderung bereits ausgezahlter Entschuldungshilfen nach Maßgabe der Regelungen des Zuwendungsbescheids bleibt vorbehalten. Anstelle der Kündigung kommt einmalig auch eine Aussetzung des Vertrages für ein Jahr in Betracht, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die teilnehmende Gemeinde ihren Konsolidierungsbeitrag nach Ablauf der Aussetzungsfrist wieder erbringt.

(3) Wenn das Konsolidierungsergebnis gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 nicht erreicht wurde und im Rahmen der Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 Satz 2 auch nicht ausreichend dargelegt und begründet wurde, dass die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert wurden, gilt Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 entsprechend.

§ 5

Konsolidierungsnachweis

Die teilnehmende Kommune informiert die zuständige Aufsichtsbehörde jeweils zum 30. November des Haushaltsjahres unaufgefordert über die erreichte Umsetzung des Konsolidierungsvertrages im Haushaltsvorjahr. Dies betrifft sowohl den Konsolidierungsbeitrag (Vorlage der entsprechenden Anlage zum Jahresabschluss) als auch den erzielten Stand der Liquiditätskreditbelastungen (Vorlage des Konsolidierungspfades gemäß Muster 5 des Leitfadens). Die Nachweise und der Konsolidierungsvertrag werden gleichzeitig auf der Internetseite der teilnehmenden Kommune eingestellt.

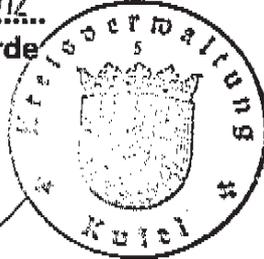
§ 6

Laufzeit des Vertrages

Dieser Konsolidierungsvertrag tritt am 1. Januar 2012 in Kraft und endet spätestens am 31. Dezember 2026 bzw. mit Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Umfang der Liquiditätskredite der teilnehmenden Kommune unter Berücksichtigung der auf den eigenen Haushalt entfallenden Zahlungsmittelbestände erstmals auf ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindert wurde, soweit nicht aus-

nahmsweise ein unmittelbarer Wiederanstieg der Liquiditätskredite absehbar ist.

Kusel, den 22. März 2012
vertretende Landesbehörde



A. Brückner
Dr. W. Nitschbejer
Landrat

Dittweiler, 20. MRZ. 2012
teilnehmende Kommune

[Signature]
Ortsbürgermeister



Anlage: Konsolidierungsmaßnahmen im KEF-RP

Seite im Haushaltsplan	lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	Konsolidierungsmaßnahme	Haushaltsansatz 2012	geplanter Konsolidierungsanteil 2012	Rechnungsergebnis 2012	tatsächlicher Konsolidierungsanteil 2012
	1	1110	501200	Personalaufwand für ehrenamtliche Beigeordnete	Wegfall des Geschäftsbereiches*	3.150,00 €	3.150,00 €		
				Senkung der Ausgaben			3.150,00 €		
	2	6110	401100	Grundsteuer A	Erhöhung um 50 Punkte**	2.594,00 €	381,00 €		
	3	6110	401200	Grundsteuer B	Erhöhung um 50 Punkte**	61.913,00 €	7.937,00 €		
				Erhöhung der Einnahmen			8.318,00 €		
				Konsolidierungsmaßnahmen Gesamt			11.468,00 €		

* Die Reduzierung des Ansatzes auf 0 € wurde im 1. Nachtragsplan vorgenommen. Der eingetragene Wert von 3.150 € bezieht sich auf den ursprünglichen Plan.

** Die Ansätze beziehen sich auf den 1. Nachtragsplan, worin die Erhöhungen schon berücksichtigt sind.

Nachrichtlich:

Konsolidierungsbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 Konsolidierungsvertrag

10.327,00 €

Mindesttilgung 80%

8.261,60 €

Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz

Laufzeit 15 Jahre
mit der Möglichkeit, beim
einem Beitritt zum
1.1.2013 nur 14 Jahre
oder bei einem Beitritt
zum 1.1.2014 nur 13
Jahre der Laufzeit in
Anspruch zu nehmen.

Beitritt zum 1.1.2013
mit Nachholung
der Beträge
aus 2012

Beitritt zum 1.1.2014
mit Nachholung
der Beträge
aus 2012
und 2013

1. Ermittlung der Gesamt- und der Jahresleistung

Dem KEF-RP fließen 15 Jahre lang jährlich 88 Mio. € jeweils vom Land, aus dem kommunalen
Finanzausgleich und von den KEF-Teilnehmern zu.
Pro Jahr ergeben sich 255 Mio. €, über 15 Jahre ergeben sich 3.825.000.000 Euro.

Bezogen auf den Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung (bei Ortsgemeinden; Verbindlichkeiten
gegenüber der Verbandsgemeinde) zum 31.12.2009 in Höhe von landesweit 4.087.062.064 Euro ergibt
sich für die Summe der Teilnahmebeträge folgender Anteil (in v. H.):

78,26 70,26 78,26

$3.025.000.000 / 4.087.662.064 \times 100 =$

Berechnung für die Oblastkörperschaft:

Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung (bei Ortsgemeinden; Verbindlichkeiten gegenüber der
Verbandsgemeinde) zum 31.12.2009

593.787 593.787 593.787

Gesamtleistung (= 78,26 v. H. des Standes zum 31.12.2009)

464.698 464.698 464.698

Jahresleistung (1/15 der Gesamtleistung)

30.980 30.980 30.980

- 1/3 vom Land

10.327 10.327 10.327

- 1/3 aus dem kommunalen Finanzausgleich

10.327 10.327 10.327

- 1/3 Konsolidierungsbeitrag des Teilnehmers

10.327 10.327 10.327

2. Mindest-Nettotilgung:

Aus der jährlichen Annuität von 255.000.000 Euro ergibt sich bei einer Laufzeit von 15 Jahren
und einem Zinssatz von 3 v. H. eine durchschnittliche Aufteilung in Zins und Tilgung. Der durch-
schnittliche Tilgungsanteil beträgt 78,46 v. H. und wird aus Gründen der Vereinfachung und im
Interesse des Schuldenabbaus auf

371.758 371.758 371.758

80 v. H. vom Teilnahmebetrag abgerundet.

Jährlicher Mindest-Tilgungsbetrag (netto)

24.784 26.584 28.597

3. Zinsbetrag

Aus der jährlichen Annuität von 255.000.000 Euro ergibt sich bei einer Laufzeit von 15 Jahren
und einem Zinssatz von 3 v. H. eine durchschnittliche Aufteilung in Zins und Tilgung. Der durch-
schnittliche Zinsanteil beträgt 23,54 v. H. und wird aus Gründen der Vereinfachung und zugunsten
des Schuldenabbaus auf

92.940 92.940 92.940

20 v. H. vom Teilnahmebetrag abgerundet.

Jährlicher Zinsbetrag

6.198 6.639 7.149

4. Zusammenfassung

Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung (bei Ortsgemeinden; Verbindlichkeiten gegenüber der
Verbandsgemeinde) zum 31.12.2009

593.787 593.787 593.787

Tilgungsbetrag über 15 Jahre

371.758 371.758 371.758

nachrichtlich: Tilgungsanteil in v. H.

62,61 62,61 62,61

rechnerische Restschuld am 31.12.2026

222.029 222.029 222.029

verminderter Tilgungsbetrag über 14 Jahre

346.974

nachrichtlich: Tilgungsanteil in v. H.

58,43

erhöhte rechnerische Restschuld am 31.12.2028

246.813

verminderter Tilgungsbetrag über 13 Jahre

322.190

nachrichtlich: Tilgungsanteil in v. H.

54,28

erhöhte rechnerische Restschuld am 31.12.2028

271.597